

amtliche Bekanntmachung

017 K 024/23



AMTSGERICHT OBERHAUSEN

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 04.07.2024, 9.00 Uhr,
im Amtsgericht Oberhausen, Friedensplatz 1, 46045 Oberhausen, Saal 108**

der im Grundbuch von Buschhausen Blatt 1965 eingetragene Grundbesitz mit der

Grundbuchbezeichnung:

**11/100 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Flur 1, Flurstück 272,
Gebäude- und Freifläche, Bachstraße 119, groß: 4 a 99 qm, verbunden
mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Erdgeschoss - links -
mit Kellerraum Nr. 1 des Aufteilungsplanes.**

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um eine ca. 54 qm große Wohnung im Erdgeschoss eines 1957/58 errichteten Gebäudekomplexes. Die Wohnung verfügt über Küche, Diele, Bad, Wohn- und Schlafzimmer sowie einen Kellerraum und einen Stellplatz. Die Umwandlung in Wohnungseigentum erfolgte 1997.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 01.08.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 59.000 € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Oberhausen, 16.04.2024